



Deutsche haben das Vertrauen in Gerichte verloren



Diese Sendung zeigt ernüchternde Zahlen, wie das Vertrauen der Deutschen gegenüber ihren Volksvertretern steht. Sehen Sie hier die Fakten einer repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts pollytix.

Nur noch 55 % der wahlberechtigten Deutschen haben großes oder sehr großes Vertrauen in die Arbeit von Justiz und Gerichten. 43 % haben eher geringes oder gar kein Vertrauen mehr in die Arbeit der Justiz. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts pollytix hervor. Parteien schneiden noch deutlich schlechter ab. 80 % der Befragten haben ein eher geringes oder überhaupt kein Vertrauen mehr in die politischen Parteien. Nur 33 % geben an, noch Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung zu setzen. Solange sich unsere Volksvertreter mehr den Drahtziehern im Hintergrund und ihrem eigenen Vorteil verpflichtet fühlen als dem Volk, wird sich daran wohl nichts ändern.

von hm.

Quellen:

<https://www.freiewelt.net/nachricht/die-deutschen-haben-das-vertrauen-in-die-gerichte-verloren-10074412/>

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.